

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **26 (1946-1947)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zum Beispiel erkennen, wie grundlegend und dennoch folgerichtig sich in wenigen Jahren Tizians Verhältnis zur Farbe wandelt. In seinen Spätwerken nimmt sie die lockere Mürbheit eines Urweltstoffes an, aus dem der über neunzigjährige Meister, Formen und Farben mit Schöpferhänden verschmelzend, im Bilde «Nympe und Schäfer» sein Pandaimonion, seine empfindungstrunkene Überwelt erschafft. In die gleichen Sphären folgt ihm, kaum ein Jahrhundert später, Rembrandt, der die Welt überwand, weil er sie rückhaltlos bejahte, ohne doch seine Seele daran zu verlieren. So lange es uns noch vergönnt ist, wollen wir vor den Schöpfungen solcher Auserwählter verweilen, dankbar und still aufgeschlossen, denn alle deutenden Worte werden nichtig, wo der bildende Genius in Erfüllung seiner Weltsendung ins Überwirkliche emporführt.

Was will diese Besprechung? Sie richtet sich an die Allzuvielen, die «noch keine Zeit hatten», wie an die Scharen derer, die «schon gewesen» sind, damit sie sich doch Zeit und immer wieder Zeit nehmen möchten, um zu dem mächtigen und tief verpflichtenden Geist Europas hinzufinden, der, eben aus der Asche gestiegen, in dieser Ausstellung neu zu wirken anhebt, als eine uralte zündende und zeugende Kraft.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Entwicklung auf dem Felde unserer *Innenpolitik* und unserer *Wirtschaftspolitik* trägt die Merkmale der entscheidenden Periode in sich, die uns für das Jahr 1947 beschieden sein wird. So gewiß es wohl müßig wäre, für die kommenden Dinge dieses Jahres im einzelnen eine Prognose stellen zu wollen, so wenig läßt sich freilich die Tatsache bestreiten, daß weit herum im Volke eine deutlich erkennbare Abneigung gegen jede weitere Expansion des Staates festzustellen ist, und daß jene Entwicklung im Begriffe ist, sich weiter zu verstärken, die wir im Februar 1946 bei der Abstimmung über den Verkehrsartikel und im Dezember 1946 im Hinblick auf die Vorlage des Landesrings betreffend die Vollbeschäftigung erlebt haben. Dabei ist keineswegs außer acht zu lassen, daß sich aus dieser Stimmung unter Umständen eine gewisse Gefährdung für die beiden wichtigen Vorlagen ergeben könnte, die im Laufe des Jahres zur Abstimmung gelangen: Altersversicherung und Wirtschaftsartikel. Dieselbe Entwicklungslinie läßt aber auch vermuten, daß bei den Nationalratswahlen im Herbst dieses Jahres Verschiebungen entscheidenden Ausmaßes kaum in Erscheinung treten werden. Es ist jedenfalls gewiß, daß die Stimmung in unserem Lande wenig geneigt ist, sich durch eine Politik beeinflussen zu lassen, wie sie beispielsweise auf dem innerstaatlichen Felde von der britischen Labourregierung getrieben wird, und die unser Berichtstatter aus England im folgenden schildert.

Mag auch die Tendenz unserer Sozialdemokraten und ihrer Presse durchaus darauf gerichtet sein, zu mindest stimmungsmäßig eine gewisse schweizerische Parallelschaltung zu diesen etatistischen Experimenten im Auslande zu erzielen (indes sie anderseits im Volke Stimmung gegen die freiheitlichen Tendenzen in den Vereinigten Staaten zu schaffen sucht, die nun wieder aufleben) — in unserem Volke findet sie damit je länger desto weniger Widerhall.

* * *

Mit dem ihr innewohnenden intuitiven Geschick der politischen Führung hat es die britische Staatskunst verstanden, den Druck der linken Opposition in der Regierungspartei in positivem Sinne auszunützen, und damit aus der Not eine Tugend zu machen. So ist zu einem Teil wenigstens die Annäherung zu erklären, die sich in den vergangenen Wochen zwischen *England und Rußland* mit einer gewissen überraschenden Prägnanz ohne Zweifel ergeben hat. Anderseits ist die russische Politik diesen Bestrebungen in ebenso geschickter Weise entgegengekommen, wenn man wenigstens auf die Äußerungen Stalins in seinen Gesprächen mit Feldmarschall Montgomery und in seinem eigenartigen telegraphischen Schreiben an Minister Bevin abstellen will. Neben dieser subtilen Taktik laufen freilich immer wieder die eigenartigen Äußerungen der amtlichen russischen Agentur, sowie der Zeitung «Prawda», die wesentlich ungeschlechter mit den Dingen umzugehen pflegen. Im ganzen gesehen wäre es jedenfalls begreiflich, wenn Rußland mehr und mehr auf eine gewisse Lockerung in den Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten hinarbeiten würde, und diese Einstellung trifft sich dann eben mehr oder weniger unwillkürlich mit den offen geäußerten Wünschen der Labouropposition in London. Auf dieser Seite spielen sicher auch gewisse Motive aus dem Bereiche der inneren Politik mit, also jene Abneigung gegen die vermutete Politik der neuen Kongressmehrheit in Washington, wie sie eben auch stark auf die sozialistische Presse unseres eigenen Landes abfährt. Wie dem auch sei, — sicher ist auch dem amtlichen England viel daran gelegen, daß sich die Beziehungen zu Rußland entspannen möchten, und so werden denn die kommenden Verhandlungen über die Vertiefung des britisch-russischen Bündnisses zweifellos von beiden Seiten mit dem nötigen Einsatz geführt werden. Wie weit diese Vertiefung oder Ausgestaltung im einzelnen geben wird, ist freilich noch durchaus offen, und ob wir am Ende eine Annäherung auch auf dem militärischen Felde erleben werden, wie durch einen Austausch von Offizieren oder gar in einer Standardisierung im Bereiche der Bewaffnung, steht vollends dahin. Einstweilen hat ja Generalissimus Stalin in dieser Hinsicht in der ihm eigenen sarkastischen Art nicht ungeschickt abgewunken. . .

Der *neue amerikanische Außenminister* wird jedenfalls interessante Aufgaben vor sich sehen. Allein es wäre sicher auch durchaus voreilig, wenn man in der angedeuteten Richtung jetzt schon rasche und grundsätzliche Entwicklungen erwarten wollte. Zwar kommt jede russische Geneigtheit den Engländern heute doppelt gelegen — und nicht allein den Labourleuten unter ihnen —, weil sie sich so den zu erwartenden neuen imperialistischen Anwendungen einer republikanischen Politik in Washington besser werden erwehren können. Denn gewisse amerikanische Kreise möchten, wie man weiß, doch nur allzugerne das große britische Erbe antreten, wie denn die Pläne der Vereinigten Staaten auch auf dem großen Felde der Wirtschaftspolitik bekanntlich sehr weit gehen. Der ehemalige britische Botschafter in Madrid, *Lord Templewood*, ein Konservativer, erklärte kürzlich in einer viel beachteten Rede,

die Zukunft Großbritanniens hänge mehr denn je von einer wachsamem, vorsichtigen und konsequenten Politik ab. Auf Befürchtungen gewisser Anhänger der britischen Regierung Bezug nehmend, daß Großbritannien zu einem bloßen Anhängsel Washingtons werden könnte, sagte er: «Ich sehe in der Politik Bevins keine Anzeichen einer derartigen Auslieferung. Wir glauben, daß die Wiederherstellung unserer Blüte eines der dringendsten Bedürfnisse der Welt ist, und demnach können wir keine Wirtschaftspolitik akzeptieren, welche unsere Stellung brechen oder unser Empire auflösen würde».

Damit wäre wohl ungefähr die Stellung Großbritanniens gegenüber solchen amerikanischen Expansionsbestrebungen umrissen, und zugleich auch mit Bezug auf die Wünschbarkeit gewisser Entlastungsmöglichkeiten einiges angedeutet. Und was hier im besonderen eben die *britische Stellung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten* betrifft, so hat sie Lord Templewood wie folgt skizziert:

«Für das britische Commonwealth ist es unbedingt nötig, irgendwelche Verpflichtungen und politische Methoden zu vermeiden, welche die Trennung der Welt in verschiedene Lager verschärfen. Kein vernünftiger Mensch will, daß wir Vermittler zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten seien. Die internationalen Vermittler verbrennen sich ihre Finger gewöhnlich auf beiden Seiten. Unsere Aufgabe besteht eher darin, eine konsequente Politik der wirtschaftlichen Gesundung und der politischen Aussöhnung zu verfolgen und bereit zu sein, jede mögliche Gelegenheit, sie in die Tat umzusetzen, zu ergreifen. Eine derartige Politik ist keineswegs ein Eingeständnis von Schwäche. Wir sind nicht schwach.

Wir sind im Grunde genommen sehr stark».

Nun mag man freilich diese Aussage für besonders euphemistisch ansehen im jetzigen Zeitpunkt: die Verhandlungen mit *Ägypten* sind zusammengebrochen; — das Problem *Palästina* scheint immer gefährlichere Formen und Äußerungen anzunehmen, nachdem der Zionistenkongreß zu einer Verschärfung geführt hat; — in *Indien* steuert die dortige Regierung immer unverhüllter auf die Unabhängigkeit los, und *Burma* ist ebenfalls auf dem Wege, die jetzige Lage voll zu nützen und sich selbständig zu machen. Unzweifelhaft sind das für die britische Politik nicht nur Gefahrenpunkte, sondern es sind ausgesprochene Schwächezeichen des Empire. Allein gleichwohl bestehen bestimmte Aussichten, daß England am Ende auch mit diesen Schwierigkeiten irgendwie fertig wird. Die sprichwörtliche englische Zähigkeit, wie sie sich unter anderen Äußerungen in der rastlosen Arbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau zeigt, vor allem aber die traditionelle politische Erfahrung der Männer dieses Landes mögen dafür sprechen. Und in diesem Sinne hat Lord Templewood zweifellos recht: England kann sich gerade deshalb und dann stark fühlen, wenn es wirklich zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten seine selbständige Position behauptet.

Ein Blick auf die *zentralen Probleme der Weltpolitik*, wie sie aus den internationalen Verhandlungen dieser Tage zu erkennen sind, zeigt übrigens, daß auch die jetzt so viel berufene britisch-russische Annäherung sich gegenüber den zentralen Problemen der Weltpolitik doch noch sehr am Rande bewegt. Die Verschiedenheit der Ansprüche, und die Verschiedenheit des Bildes, das sich die verschiedenen Mächte von der zukünftigen Weltordnung machen, führt doch immer wieder zu jenen Gruppierungen, die uns seit dem Ende dieses Krieges geläufig sind. Mit vollendeter Deutlichkeit zeigte sich dies wieder bei den *Verhandlungen um Osterreich und um Deutschland*, wobei insbesondere in der deutschen Frage vor lauter unge lösten Problemen und vor lauter Gegensätzen im Augenblick überhaupt kein Aus-

weg zu erkennen ist. Unter diesen Perspektiven wird man denn auch die Aussichten für die Konferenz in Moskau, die Mitte März stattfinden soll, kaum als besonders rosig bezeichnen. So ist vor allem gerade in einer der entscheidenden Fragen, nämlich mit Bezug auf die künftigen Grenzen Deutschlands im Osten, zur Zeit noch keinerlei Lösung in Sicht. Vielmehr mußte das Ergebnis der *Wahlen in Polen* vorerst zu einer weiteren Verschärfung der Gegensätze führen. Dem gegenüber will es scheinen, als ob die Probleme des deutschen Westens in der Zwischenzeit einiges an Schärfe in der Behandlung zwischen den Mächten eingebüßt hätten. So ist der *Zollanschluß des Saargebietes an Frankreich*, der als Vorläufer der völligen wirtschaftlichen Einverleibung anzusehen ist, im wesentlichen ohne Protest vorbeigegangen, während sich in der zentralen Ruhrfrage zur Zeit wenigstens ein gewisses französisches Entgegenkommen und damit eine Annäherung der Standpunkte abzeichnen beginnt. Dafür ist freilich das Problem der kommenden deutschen Zentralregierung noch völlig offen, und das wird noch eine geraume Weile so bleiben, auch wenn man den bemerkenswerten russischen Vorstoß in Betracht zieht, welcher eine deutsche Zentraldelegation (nicht Zentralregierung!) bereits für die Moskauer Verhandlungen vorsehen will. . . Mit Interesse auch mag man in diesem Zusammenhang den Anspruch Polens auf Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland in Warschau vermerken.

Man sieht: alle diese Probleme lassen doch nach wie vor ganz erhebliche Gegensätze zwischen West und Ost, und damit die Bedingtheit der bisherigen Gruppierungen, erkennen. Und sieht man von dem zentralen deutschen Problem ab, so lassen sich auch noch genug andere Differenzen feststellen. Neben dem Ringen um Österreich, wo die jugoslawischen Ansprüche durch ihre Schärfe auffallen, während die Mäßigung der Tschechoslowakei bemerkenswert erscheint — das staatsmännische Format des Präsidenten Benesch beginnt sich wieder deutlich durchzusetzen —, wäre hier die eigentümliche Entwicklung der Dinge in *Ungarn* zu erwähnen, wo anscheinend das Bestreben besteht, noch rechtzeitig vor dem Abzug der russischen Besetzungstruppen ein *fait accompli* zu Gunsten der Linken zu schaffen. Auch werden die Probleme um *Griechenland* bald wieder an Schärfe zunehmen, sobald einmal die Kommission ihre Tätigkeit aufgenommen hat, die vom Sicherheitsrat der UNO bestellt worden ist. In diesem Zusammenhang bedarf auch die *britisch-albanische Kontroverse* der Erwähnung.

Die britisch-russischen Bestrebungen um die Herbeiführung einer Verständigung allgemeiner Natur sind, soweit der östliche Partner in Frage steht, wohl in erster Linie zurückzuführen auf die bemerkenswert scharfen Differenzen, die sich in der Entwicklung der letzten Wochen in den *amerikanisch-russischen Beziehungen* aufgetan haben. Hier ist die Initiative der neuen Kongreßmehrheit festzustellen. Insbesondere wäre zu erwähnen der scharfe Vorstoß, den das Sonderkomitee des Repräsentantenhauses zu Ende Dezember 1946 gegen Rußland startete, ferner gehören in diesen Zusammenhang die Erklärungen, welche *John Foster Dulles*, bisher Delegierter der Vereinigten Staaten bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, kürzlich abgegeben hat, und die weitherum beträchtliches Aufsehen erregten:

«Im Jahre 1947 werden wir immer noch die Fähigkeit haben müssen, nein zu sagen. Die jetzt in Holländisch-Indonesien und in Französisch-Indochina sich abspielenden Kämpfe sind symptomatisch. Diese revolutionären Bewegungen werden von der sowjetrussischen Führung ermutigt. . . Die Vereinigten Staaten sollten die Führung übernehmen, um in Deutschland die Saat für die wirtschaftliche Ver-

einigung aller Staaten Westeuropas zu säen. Dieser Plan würde die Möglichkeit geben, mit Rußland zu einer Zeit, in der wir etwas tun oder den Mund halten müssen, um die Weltführung zu konkurrieren. In der Welt liegt zumeist die Führung in den Händen von Personen, die der russischen kommunistischen Doktrin sympathisch gegenüberstehen und moralische Unterstützung von Moskau erwarten».

Die scharfen Wendungen, die der Amerikaner in diesem Zusammenhang brauchte, sind nun ohne Zweifel an die Adresse prominenter englischer Politiker gerichtet. Und die Schlußfolgerungen sind eindeutig:

«Der russische Einfluß ist in Indien, China, in den meisten Kolonialgebieten der Welt, in den arabischen Staaten, in Lateinamerika, in Westeuropa und in gewissem Maße auch in den Vereinigten Staaten stark, wenn nicht geradezu beherrschend. . . Die ersten Schritte in der Richtung auf eine wirtschaftliche Einigung Westeuropas können unternommen werden, wenn der Vertrag mit Deutschland eine Art internationaler Behörde vorsieht, die das Rheinland etwa in der Weise verwaltet, wie die amerikanische Bundesregierung die Tennessee Valley Authority dirigiert».

Hier sind zweifellos besonders interessante Perspektiven zu erkennen, denen man im Zusammenhang mit den Verhandlungen um Westeuropa noch öfters begegnen wird. Und Dulles schloß seine Erklärung sehr folgerichtig mit der Bemerkung,

letzten Endes würde sein Programm wahrscheinlich zu irgendeiner Entwicklung wie die «Vereinigten Staaten von Europa» führen, die von Churchill vorgeschlagen worden seien.

Also, alles in allem: Westen gegen Osten.

Was nun die machtpolitischen Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland betrifft, so konzentrieren sie sich zur Zeit, abgesehen von den bekannten europäischen Problemen, ganz allgemein gesprochen auf die *Stützpunktpolitik*, und im besondern auf die neue Wendung in China. Zwar haben die Amerikaner nun *Island* praktisch geräumt, ihre letzten Truppen sind im Abzug begriffen. Dafür hört man aber von amerikanischen Plänen mit Bezug auf *Grönland*, — Pläne, die von dänischer Seite nicht dementiert, aber durchaus abgelehnt werden. Rußland anderseits ist nun mit seinen Ansprüchen auf *Spitzbergen* hervorgetreten, und die Londoner «*Times*» schrieb dazu lakonisch:

«Das Verlangen nach Stützpunkten auf fremdem Boden ist durchaus nicht eine spezifisch russische Erscheinung und darf uns nicht befremden».

Von besonders weittragender Bedeutung für die Beziehungen zu Rußland kann unter Umständen die neue Politik der Vereinigten Staaten gegenüber den Problemen *Chinas* werden, nachdem die Befriedungspolitik mit der Rückkehr Marshalls nach den Vereinigten Staaten und mit seinem Einzug in das Staatsdepartement als erfolglos liquidiert worden ist.

Zwar erhebt sich nun gegenüber den zitierten scharfen Stimmen aus der neuen Mehrheit in den Vereinigten Staaten immer wieder der Ruf des ehemaligen Handelssekretärs *Wallace*, der erst kürzlich wieder in der von ihm geleiteten Zeitschrift besorgt und warnend seine Stimme erhob:

«Die republikanische Politik prallte auf uns zurück im Jahre 1930 in Form einer Wirtschaftskrise und im Jahre 1939 in Form eines Weltkrieges. Um zu verhüten, daß all dies noch einmal geschieht, müssen die Liberalen ein positives Programm . . . ausarbeiten: für einen internationalen Wirtschaftsfrieden, für einen dauernden Weltfrieden und eine Verständigung mit Rußland . . .».

Man wird aber nicht im Zweifel darüber sein, daß die Stimme Wallaces angesichts der heutigen Machtverteilung in den Vereinigten Staaten lange nicht mehr das Gewicht von früher hat.

Nicht zufällig ist die Anspielung von Dulles mit Bezug auf die *Pläne Churchills* für die «*Vereinigten Staaten von Europa*». Hier treffen sich auf dem internationalen Felde eben die Kräfte, die der Verständigung zwischen England und Rußland abgeneigt sind. Auch sie sind, wie man sieht, an der Arbeit. Und diese Kräfte verfügen über ein bedeutendes Gewicht, und erst die Zukunft kann zeigen, welcher Einsatz der stärkere sein wird.

In einem gewissen, wenn auch nur indirekten Zusammenhang mit diesen verschiedenen Strömungen steht sicher auch die neue Abklärung der Beziehungen zwischen *England und Frankreich*, wie sie bei Anlaß des Besuches von Léon Blum in London eingeleitet wurde und nun fortgesetzt werden soll. Bemerkenswert ist dabei, daß auch hier wieder nicht nur der Blick auf einen allgemeinen Allianzvertrag gerichtet wird, sondern daß darüber hinaus von der

notwendigen Organisation für die Koordinierung und Verschmelzung der britischen und französischen Industrie und Wirtschaft im allgemeinen gesprochen wird. Es fällt auf, daß diese Gedanken sich jenen Vorschlägen einigermaßen annähern, die Churchill in den kritischen Tagen des Juni 1940 an die Adresse Frankreichs gerichtet hat.

Zürich, Ende Januar 1947.

Jann v. Sprecher.

Brief aus England

Zum Zusammentritt des Parlaments

Die Atempause in der englischen Innenpolitik ist mit dem Zusammentritt des Parlaments am 21. Januar zu Ende gegangen. Während die Stellvertreter der Außenminister der sogenannten Großen Vier hinter verschlossenen Türen das Konferenzmaterial für die Moskauer Konferenz über Österreich und Deutschland, also für den März vorbereiten, wendet sich die Aufmerksamkeit der englischen Öffentlichkeit wiederum fast ausschließlich bedeutenden inneren Fragen zu. Es geht um nicht weniger als drei außerordentlich tiefgreifende Veränderungen im Leben jedes Briten. Das Land, auf dem er wohnt und das er bebaut (als Bauer und als Häuserbauer!); die Verkehrsmittel, die seine Waren — und ihn selbst — von Ort zu Ort befördern; die Elektrizität, die sein Heim erhellt, wärmt und seine Maschinen treibt: sie alle werden durch die nunmehr dem Parlament zur Aussprache unterbreiteten Gesetzesvorlagen der freien Verfügbarkeit des Einzelnen entzogen und entweder verstaatlicht oder sehr genau in bestimmten Grenzen gehalten. Diese drei Maßnahmen, die auf die Verstaatlichung der Bank von England und der Kohlengruben folgen, stellen ganz eigentlich die Grundlage dar, auf der sich das neue Großbritannien — wie es aus den Wahlen des Jahres 1945 hervorging — nicht nur von den Verlusten des Hitlerkrieges erholen, sondern von der aus es sich auch zu einer sozialen Demokratie durchringen will. Daß diese Änderungen nicht ohne sehr starke innere Kämpfe vorgenommen werden können, ist selbstverständlich: sie werden in aller Öffentlichkeit, eben in Presse und Parlament, ausgetragen. Nur so können wirklich brauchbare Lösungen geschaffen werden, die sich in der Praxis bewähren müssen und später auch von der im demokratischen Wechselspiel der Kräfte unterlegenen Minderheit angenommen und angewandt werden sollen. Leider ist es nicht müßig, solche für einen Demokraten gemeinplätliche Wahrheiten festzustellen, verleiten doch diese inneren Kämpfe nur gar zu viele Beobachter in anderen Ländern dazu, sich

solchen «Streites» zu ergötzen, statt sich des großen Wachstumsvorgangs bewußt zu werden, dessen Ausdruck er ist.

Verkehrsmittel

Die schon vor Weihnachten veröffentlichte Gesetzesvorlage des Ministers für Verkehrswesen A. Barnes, Führers der genossenschaftlichen Partei, brachte insofern eine Überraschung, als sie sich nicht auf die Eisenbahnen beschränkte, sondern auch den Fernverkehr auf den (staatlich unterhaltenen) Durchgangsstraßen mit einbezog und in Staatsbesitz überführt. Das zeugte von besonderem Mut, weil die ungewöhnlich hoch bezahlten Fahrer und ihre Gewerkschaft sich scharf dagegen ausgesprochen haben — der Streik der Londoner Fleisch-Fahrer im Januar war weitgehend ein Ausdruck dieser Unzufriedenheit über den drohenden Verlust einer schönen Einnahmequelle. Durch diesen Schritt wird es dem Minister jedoch möglich, die verstaatlichten Bahnen vor halsabschneiderischem Wettbewerb durch den Straßenverkehr zu bewahren. Ja, da die Luftlinien gleichfalls in staatlicher Hand sind, ist damit der gesamte Verkehr, der irgendwie für die Öffentlichkeit von Bedeutung sein kann — jetzt oder in absehbarer Zukunft —, unter die unmittelbare Einflußnahme des Parlaments (oder des von ihm abhängigen Verkehrsministers) gestellt worden. Bisher besaß Britannien vier große Eisenbahnnetze, die als Privatunternehmen jedes für sich arbeiteten (nicht einmal einen gemeinsamen Fahrplan ausarbeiteten und an vielen Orten je ihre eigenen Bahnhöfe usw. unterhielten): diese vier, Great Western (G.W.), Southern Railway (S.R.), London-North-Eastern (L.N.E.R.) und London-Midland-Scotland (L.M.S.) werden nunmehr zu britischen Reichsbahnen werden. Da bisher in der Welt 45 Prozent aller Bahnen in Staatsbesitz waren, verwandelt sich mit diesem britischen Schritt die Lage der Privatbahnen: sie geraten nunmehr gegenüber den Staatsbahnen auch zahlenmäßig ins Hintertreffen. In Britannien kam hinzu, daß sehr viele Güterwagen im Besitz einzelner Privatfirmen waren — über die Hälfte dieser Wagen sind über fünfundsünfzig Jahre alt. Auch sonst bedarf das durch den Krieg schwer mitgenommene Material der Erneuerung; und die Neuinvestierung wird nunmehr direkt vom Staat durchgeführt werden.

Elektrizität

Die Elektrizitäts-Vorlage wendet sich einer größeren Zahl von Einzelunternehmen zu — hier war nicht wie im Fall der Bahnen schon frühzeitig eine Vereinfachung vorgenommen worden (bekanntlich legte ein Gesetz vom Jahre 1921 die damals bestehenden hunderteinundzwanzig Eisenbahngesellschaften in die oben genannten vier Unternehmen zwangsweise zusammen). Nicht weniger als 570 Elektrizitätsgesellschaften werden nunmehr zusammengelegt und in Staatsbesitz überführt. Damit wird zum ersten Mal in der englischen Geschichte eine planmäßige Stromverteilung möglich werden, die von den in geographische Einheiten untergeteilten «Electricity Boards» gesteuert werden wird. Damit wird auch dem alten Übelstand abgeholfen werden, der darin bestand, daß Kleinstädte meist ihr eigenes Werk hatten, der gesamte umliegende Landkreis dagegen von einer anderen, in Privatbesitz befindlichen Gesellschaft beliefert wurde — Überschneidung der Gebiete, widersprüchlichste Tarife usw. waren an der Tagesordnung. Bemerkenswert hierbei ist, daß dreihundertsiebzig dieser 570 nunmehr in gemeinsamen Besitz überführten Gesellschaften bisher einzelnen Gemeinden oder Städten gehörten, also bereits nicht mehr in Privatbesitz waren.

Entschädigung

Bemerkenswerterweise hat sich die Regierung Attlees entschlossen, die so enteigneten Besitzer nicht wie im Fall der Kohlengruben auf Grund möglichen weiteren Gewinns und gemäß unabhängiger Veranschlagung zu entschädigen. Vielmehr liegt der Entschädigung der Börsenkurs der Wertpapiere dieser Unternehmen zugrunde. Und zwar ist als Stichtag ein vor den Wahlen liegendes Datum zugelassen, damit

nicht etwa ungebührliche Entwertung dieser von der Arbeiterpartei als reif für Verstaatlichung erklärten Unternehmen angenommen werden kann. Trotzdem wendet sich der Hauptangriff der Opposition gerade hiergegen: ohne Zweifel stellt die Verstaatlichung auf dieser Grundlage für die Betroffenen den Verlust einer erheblichen Einnahmequelle dar. Demgegenüber erklärt die Regierung, daß eine großzügigere Entschädigung den Erfolg der Neuorganisation in Frage stellen könnte, die Unternehmen zu stark belasten würde usw. Auch wird darauf hingewiesen, daß es sich ja nur um eine Vermögens- und Einkommensverschiebung handle, daß zwar Besitzer von Aktienpaketen dieser Gesellschaften Verluste erleiden, die Gesamtheit aber — durch bessere Bedienung, geringere Steuern — gewinne. Es ist dies der alte Streitpunkt zwischen sozialer und privatwirtschaftlicher Anschauung, der hier von Neuem durchgeföhrt wird.

Stadt und Land

Schließlich liegt die «Town and Country Planning» Bill 1947 vor. Bei diesem Gesetz handelt es sich nicht um die Überführung allen Grund und Bodens in staatlichen Besitz — in festländischen Augen also nicht um echten «Sozialismus»? Vielmehr nimmt sich das Gesetz der Notwendigkeit an, eine planmäßige Entwicklung der Benutzung englischen Bodens und einen planmäßigen Städtebau (Neubau und Wiederaufbau) zu ermöglichen. Dies scheiterte bisher an den unerhörten Kosten, die von Gemeinden hätten aufgebracht werden müssen, wenn sie zum Beispiel die Privatrechte an Grundstücken erwerben wollten, die im Herzen — z. B. durch Feindbomben zerstörter — Städte lagen. Ein Plan neuer Städtegestaltung trieb die Preise ins Unerreichbare. Das Gesetz nunmehr «friert» Preise ein. Es geht von dem Grundsatz aus, daß Jedermann mit seinem eigenen Grund und Boden genau das weiter treiben darf, das er bisher damit trieb — es als Ackerland oder Wohngelände weiter als sein eigener Herr benutzt. Will er es aber einem andern Zweck zuföhren, bedarf er der Genehmigung. Wird sie ihm verweigert, so erhält er keine Entschädigung — sie wird natürlich nur verweigert werden, wenn etwa das zu errichtende Wohngebäude in einem Grüngürtel der neugeplanten Stadt entstehen würde. Wird die Genehmigung erteilt, so gehört fast der gesamte Gewinn dem Staat: d. h. also wenn der Besitzer bauen darf, weil dies im vorgesehenen Plan nach Straßenzug und Bevölkerungsdichte usw. genehm ist, so fällt die durch diesen Plan hervorgebrachte Wertsteigerung des Bodens dem Staat zu. Die Gesetzesvorlage wendet sich dann den Fällen zu, bei denen nicht Gewinn, sondern Entwertung des Bodens durch die Planung zu erwarten steht. Grundsätzlich stellt sich der Minister, Silkin, auf den Standpunkt, daß hierbei keine Entschädigung nötig sei: er hat jedoch die Summe von dreihundert Millionen Pfund festgesetzt, die für solche Zwecke ein für allemal solche Entwertungen, wenn nicht gutmachen, so doch halbwegs entschädigen soll. Wie er zu dieser Ziffer gelangte, hat er bisher noch nicht erklärt — es handelt sich hierbei aber um ein weiteres, man möchte sagen echt englisches Beispiel eines Mittelwegs und der Vermeidung äußerster Härten (und eines bezaubernden Mangels an Logik!): grundsätzlich zahlen wir zwar nichts, sagt das Gesetz, in Wirklichkeit zahlen wir aber 300 Millionen Pfund. Wobei nur noch hinzuzufügen wäre, daß die Gewinne aus der Wertsteigerung alle Jahre wiederkehren, während die Ablösung der Verluste einmalig ist. Wiederum ist das Ziel, eine planmäßige Gesundung englischer Städte zu ermöglichen und die Elendsviertel, schmachvolle Zeichen des Frühindustrialismus gerade englischer Prägung, vom Gesicht Großbritanniens auszuwischen.

Daß diese Pläne heiß umstritten sind, versteht sich. Es ist nicht die Rolle des Berichterstatters, sie im Einzelnen zu preisen oder zu verdammen: dies jedoch ist der 'Stoff', aus dem sich die britische Innenpolitik von heute zusammensetzt.

Stanford Hall, Loughborough, England, Ende Januar 1947.

F. W. Pick.

Wirtschaftliche Umschau

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, hat mit Ende 1946 ein weiteres Stück der einst so umstrittenen notrechtlichen Schutzbestimmungen aus den krisenerfüllten Dreißigerjahren ihr Ende gefunden. Die *Schutzmaßnahmen für die Schuhindustrie*, die für 1946 noch einmal verlängert worden waren, sind am 31. Dezember 1946 abgelaufen und durch keine neuen Erlasse ersetzt worden. Ferner wurde das sog. *Hotelbauverbot*, das eigentlich Bewilligungspflicht für Hotelbauten heißen sollte, wesentlich gelockert. Es gilt praktisch nur noch in den Fremdengebieten, nicht mehr in den Städten. Schon vor einem Jahr ist der sog. *Warenhausbeschluß* dahingefallen. Von den einstigen bedeutenden, dem Schutze großer Gruppen gewidmeten Erlassen aus der Krisenzeit steht heute hauptsächlich nur noch der Komplex der Vorschriften über die *Uhrenindustrie* in voller Geltung. Die teilweise Beibehaltung des Hotelbauverbotes wird u. a. damit begründet, daß die Sanierungsaktion für die Hotellerie weitergehen müsse und nicht durch beliebige Neubauten und neue Konkurrenzbetriebe gefährdet werden dürfe. Die teilweise Verlängerung sieht etwas nach einer Überleitung ins Regime der neuen Wirtschaftsartikel aus, wobei man sich allerdings fragen kann, ob angesichts der heutigen Baukosten auch unter dem freiesten Regime trotz der guten Konjunktur überhaupt neue Hotels in nennenswerter Zahl erstellt würden.

Wir leben in einer Zeit, in der sich verschiedene Phasen in absonderlicher Weise mischen. Am Erbe der «Ära Schulthess», den einstigen dringlichen Bundesbeschlüssen zum Schutze verschiedener Wirtschaftszweige, die teilweise auf Grund der Vollmachten verlängert worden sind, wird liquidiert. Tatsächlich passen jene Krisenmaßnahmen auch nicht mehr in die gegenwärtige Hochkonjunktur. Ebenso ist die Kriegswirtschaft in, wenn auch langsamem, Abbau begriffen. Andererseits wird heuer die Volksabstimmung über die *neuen Wirtschaftsartikel* zu erfolgen haben, die die verfassungsmäßige Grundlage für die künftige Wirtschaftspolitik abgeben sollen, welche sich nach der Meinung ihrer Urheber von der «Ära Schulthess» dadurch unterscheiden soll, daß allfällige Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit nicht mehr regelmäßig auf Notrecht — Dringlichkeitsbeschlüsse — gestützt werden sollen, sondern normalerweise auf ordentliche Gesetze. Vor allem sollen sich diese dann an die — revidierte — Verfassung halten und nicht in Gegensatz zu ihr stehen. Unter dem Regime der heutigen Verfassung *mußten* die Schutzbestimmungen auf Dringlichkeitsrecht gestützt werden, wenn man sie schon ergreifen wollte, weil sich darin keine Handhabe für gesetzliche Beschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit fand. Unter der Geltung der neuen Wirtschaftsartikel wären unter genau umschriebenen Voraussetzungen auch ordentliche wirtschaftspolitische Gesetze möglich, sodaß die Dringlichkeitsklausel in der Tat bei gutem Willen auf zeitlich absolut unaufschiebbare Maßnahmen beschränkt werden könnte. In den Dreißigerjahren war die Dringlichkeitsklausel, da man sich die Zeit zur Verfassungsrevision nicht nahm, ein Mittel, um *gegen* die Verfassung zu regieren. Unter dem Regime der neuen Wirtschaftsartikel könnte sie in ihren ursprünglichen Bereich — zeitliche Abkürzung der Gesetzgebung bei wirklicher Unaufschiebbarkeit, aber Erlaß von dringlichen Beschlüssen auch nur *im Rahmen des materiell verfassungsmäßig Zulässigen* — zurückgeführt werden. Das war ja ein wesentlicher Teil des groß gedachten Plans der Revision der Wirtschaftsartikel von *Bundesrat Obrecht*. Ob das Volk die Wirtschaftsartikel annehmen wird, wird zum großen Teil davon abhängen, ob es den Glauben aufbringt, in Zukunft werde der neue Rahmen dann auch wirklich eingehalten, oder ob es durch die «Dringlichkeitsära» zu mißtrauisch geworden ist. Dabei sprechen wir hier nur von den Wirtschaftsartikeln, weil wir von der bestimmten Annahme ausgehen, daß die sozialistische Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» verworfen wird, wenn nicht noch vorher ihr Rückzug erfolgt.

Kürzlich hat das Schweizerische Bauernsekretariat seine provisorische Schätzung des *Endrohertrages der landwirtschaftlichen Produktion 1946* veröffentlicht. Ihr Wert beziffert sich auf 2085 Millionen gegen 1960 Millionen, die Zunahme gegenüber dem Vorjahr macht 125 Millionen oder 6,4 % aus. Um die *Rentabilität* der Landwirtschaft im Jahre 1946 abschätzen zu können, müßte man auch über die Entwicklung der Produktionskosten näher orientiert sein. Diese sind aber wahrscheinlich trotz der steigenden Dienstbotenlöhne (wobei in den Rentabilitätsberechnungen auch die kalkulierten Löhne der Familienangehörigen parallel erhöht werden) weniger gestiegen als der Rohertrag, da sich ja gewisse andere Produktionskosten nur wenig erhöht haben (Maschinen) oder gesunken sind (Düngemittel, Treibstoffe). Somit dürfte die Rendite der Landwirtschaft 1946 größer gewesen sein als 1945. Da speziell der Zuchtviehexport stark gestiegen ist, haben diesmal auch die sonst meist benachteiligten *Bergbauern* etwas von der guten Konjunktur gespürt. Die bessere Versorgung mit Düngemitteln und sog. Kraftfutter aus dem Ausland dürfte ferner zu einer Produktionsintensivierung und damit einer gewissen Kostensenkung je Produkt führen.

Von recht erheblichem allgemeinem Interesse ist die Bemerkung in der Publikation des Bauernsekretariates, daß das landwirtschaftliche Einkommen 1940 ungefähr die Parität mit den Einkommensverhältnissen der andern Berufe erreicht gehabt habe. Nach Berechnungen von nichtbäuerlicher Seite, z. B. Prof. *Böhler*, war diese allerdings schon 1937/38 oder spätestens 1939 erreicht. Die Bemerkung des Bauernsekretariates korrigiert einen Aufsatz von *A. Hüni*, dem Leiter der Rentabilitätsberechnungen, in einem gewissen Grade, der in der Dezemberrummer 1946 der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» dargelegt hatte, die Einkommensparität sei erst 1942 erreicht bzw. leicht überschritten worden. Da das Postulat einer Verdienstparität mit der Arbeiterschaft im bäuerlichen Zukunftsprogramm eine erhebliche Rolle spielt, sind diese Äußerungen von grundsätzlichem Interesse.

Sehr aufschlußreich ist die *Fabrikarbeiterstatistik*, die im Dezember veröffentlicht worden ist. Darnach wurden am 19. September 1946 480 991 Fabrikarbeiter gezählt, 45 388 mehr als ein Jahr vorher. Diese Zunahme um ca. 10 % ist beträchtlich. Natürlich handelt es sich nicht um den Abzug der gleichen Zahl von Arbeitern aus andern Berufen. Immer rücken ja Kleinbetriebe in die Kategorie derjenigen auf, die dem Fabrikgesetz unterstellt werden, wobei dann alle ihre Arbeiter als Fabrikarbeiter gezählt werden. Auch dürften sich unter dem Zuwachs einige tausend Ausländer finden. Ferner harren in Zeiten günstiger Konjunktur und hoher Lebenskosten regelmäßig viele alte Arbeitskräfte über das Pensionierungsalter im Betrieb aus. Wo sich Unternehmen in abgelegenen Gegenden auf tun, werden auch vorher nicht voll beschäftigte ortsgebundene Arbeitskräfte mobilisiert. Dennoch wird ein Teil des Zuwachses, der zu einem guten Drittel aus Arbeiterinnen bestand, aus Landwirtschaft, Baugewerbe, Haushalt usw. abgewandert sein.

Eher noch aufschlußreicher als ein *Vergleich mit dem Vorjahr* ist ein solcher mit dem *Stand von 1939*. Damals gab es 368 000 Fabrikarbeiter, 1946 also 123 000 mehr. Die Industrialisierung der Schweiz hat sich also in den Kriegsjahren stark weiterentwickelt und zwar ausnahmslos in allen Kantonen, keineswegs nur in denen, die als überwiegend industriell gelten. Teilweise ist die Zunahme prozentual in ländlichen Kantonen besonders stark. Die wachsende Industrialisierung war nicht mit einer örtlichen Konzentration verbunden, die Verteilung der Industrie über das ganze Land bleibt ungemindert bestehen.

Einige Industrien, von denen man heute allgemein meint, sie gingen gut, haben heute weniger Arbeiter als 1939, nämlich die Baumwollindustrie und die Stickerei. Absolut am meisten zugenommen hat die Maschinenindustrie, unter denjenigen mit relativ starkem Zuwachs figurieren die Uhren- und Bijouterieindustrie, die chemische Industrie, aber auch die der Steine und Erden, die Metallindustrie, die Holz-

bearbeitung, die Papier-, Leder- und Kautschukindustrie und die graphische Industrie, auch noch die Lebensmittelindustrie. Unter den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie ist die Zunahme in der Bekleidungs- und Ausrüstungsbranche am größten. Auch in der Seidenindustrie ist sie noch nennenswert, in der Woll- und Leinenbranche dagegen wenig bedeutend. Es sind somit Verschiebungen eingetreten, die sehr beträchtlich sind und ein relatives *Anwachsen* des Gewichtes der *technischen Industrien*, der *Chemie* und in der Textilindustrie der *Konfektion* zeigen. Ferner haben auch einige überwiegend *inlandorientierte* Branchen erhebliches Wachstum gezeigt.

Hat nicht, trotz unentwegten Fortgangs der Hochkonjunktur, gegen die Jahreswende eine etwas *andere Luft* zu wehen begonnen? Es gab erstmals wieder Ausverkäufe, was doch bei wirklicher Warenknappheit nicht möglich wäre, und mit den Ausverkäufen wieder eine vermehrte Werbung um den Kunden. Es gab auch Detailgeschäfte, die nicht alles, was sie geliefert bekamen, im Weihnachtsgeschäft absetzen konnten, und Industrieunternehmen, welche noch etwas mehr an den Handel hätten liefern können. Vielleicht sind das Schwalben, die noch keinen Sommer machen, sind doch im allgemeinen die Beschäftigung sehr hoch und die Lieferlisten lang. Allein auch der *Import* hat sich wieder gut entwickelt. Im letzten Dezember war der Wert der Ausfuhr, gemessen am Einfuhrwert, 72 % gegen 82 % im Jahresmittel 1938 und 78 % im Jahresmittel 1946. Der Gesamtimport hat sich, abgesehen von einigen Mangelartikeln, die der Schweiz von den Alliierten vorenthalten werden oder die allgemein knapp sind, wie die Kohle, sehr gut entwickelt. Im Hinblick auf die Klagen über einen zu großen Export ist es besonders bemerkenswert, daß der wertgewogene *Exportmengenindex* der *Fertigfabrikate* im Dezember auf 118 stand, der entsprechende *Importindex* aber auf 159! Die umfangreichen Fabrikatimporte dürften auch dazu beigetragen haben, daß das Gerede über einen Ausverkauf der Schweiz ziemlich verstummt ist. Insbesondere waren ja auch die Zufuhren von Gebrauchswaren wie Schuhe, Baumwollgewebe und wollene Kleiderstoffe überaus hoch. Es stellt sich nun heraus, daß die vielkritisierte «Untätigkeit» des Bundesrates nicht so verfehlt war. Er hat richtig erkannt, daß es einiger Zeit bedürfe, um die Verhältnisse zu normalisieren, daß aber revolutionierende und unsere künftige Haltung kompromittierende Eingriffe — wie insbesondere eine konjunkturpolitische Ausfuhrbeschränkung — nicht nötig seien.

Andererseits beweist die Bundesverwaltung auf einem Gebiet, wo dies nicht sein sollte, eine granitene Beharrlichkeit. In seiner Budgetbotschaft hat der Bundesrat Vorschläge für eine weitere *Verbesserung des Bundesbudgets* versprochen. Bis heute hat man davon noch nichts gehört, wohl aber von seiten des sozialistischen Finanzspezialisten Nationalrat *Meierhans* die unverblühte Drohung mit einer neuen Vermögensabgabe, die viel massiver sein soll als die beiden Wehropfer. Diese Vermögensabgabe wurde fast zu einer Art Eröffnungsparole für den Wahlkampf um die Nationalratssitze gestempelt! Man weiß nun, woran man ist. Vielleicht belehrt aber der manifester werdende Steuerunwille des Volkes — man denke etwa an die Ablehnung der Steuervorschläge in mehreren Aargauer Gemeinden durch die Stimmberechtigten — auch harthörigere Naturen mit der Zeit, daß wirtschaftlich und politisch nun eine kräftige Bescheidung der so aufgeblähten öffentlichen Hand geboten ist.

* * *